

**Digitales Pressegespräch:
Die „neue Armut“ – Ursachen, Hilfen,
Forderungen und eine Umfrage
4. Mai 2023**

Ihre Gesprächspartner sind:

- **Caritasdirektorin Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock**
Vorständin des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V.
- **Oberkirchenrat Urs Keller**
Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V.
- **Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller**
Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks der evangelischen Kirche in Württemberg e.V.
- **Caritasdirektorin Birgit Schaer**
Vorständin des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg e.V.

Inhalt der Pressemappe:

- **Pressemitteilung:** Mehr „neue Armut“ im Südwesten
- **Statement von Caritasdirektorin Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock:**
„Neue Armut“ verhindern!
- **Statement von Oberkirchenrat Urs Keller:**
Krisen mit Langzeitwirkung
- **Statement von Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller:**
Die Energienothilfe-Fonds der evangelischen und katholischen Kirchen in Baden-Württemberg
- **Statement von Caritasdirektorin Birgit Schaer:**
Den Menschen abholen, wo er steht
- **Umfrage Sozialberatung / Schuldnerberatung**
von Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg
- **Zahlenblätter zu Armutslagen und neue Armut**
- **Zahlenblatt zu Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg**

Pressemitteilung

Betreff: Mehr „neue Armut“ im Südwesten

Inflationsbedingte Geldsorgen öfter Grund für Beratung

Umfrage in den Beratungsstellen von Diakonie und Caritas: Zunehmend stehen Menschen aus der Mittelschicht finanziell unter Druck

Stuttgart/Freiburg/Karlsruhe, 4. Mai – Immer mehr Menschen in Baden-Württemberg haben Geld- und Existenzsorgen. Das ergibt eine aktuelle Umfrage von Diakonie und Caritas in Baden-Württemberg unter ihren Schuldnerberatungsstellen und in der Allgemeinen Sozialberatung. Demnach kommen zunehmend auch Menschen in die Beratung, die bislang finanziell gut über die Runden gekommen sind. Die steigenden Kosten für Energie und Lebensmittel bringen diese Haushalte finanziell unter Druck. Diese Umfrage-Ergebnisse stehen beispielhaft für eine generelle Entwicklung im Südwesten. Caritas und Diakonie stellen das Aufkommen einer „neuen Armut“ fest. Diese wird sich noch verstärken, befürchten die Vorständinnen und der Vorstand der vier Kirchlichen Wohlfahrtsverbände im Südwesten. Bei einem Pressegespräch wiesen sie heute darauf hin, dass die Nebenkostenabrechnungen mit den Aufforderungen zur Nachzahlung ja noch ausstehen und die Inflation die allgemeinen Kosten weiter steigen lasse.

Die Umfrage in den Beratungsstellen von Caritas und Diakonie belege, dass steigende Lebenshaltungs- und Energiekosten fast zu 100 Prozent in den Beratungsstellen angekommen seien, erklärte Diözesan-Caritasdirektorin Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock, Vorständin des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Diese Kosten zeigten sich bei den Ratsuchenden vor allem als Liquiditätsprobleme, die zugleich starke Zukunftsängste auslösen. „Die wirtschaftliche Not vieler Menschen und damit der Bedarf nach Unterstützung und Beratung wächst kontinuierlich. Wer bisher bereits arm oder von Armut bedroht war, ist von der aktuellen Krise am stärksten betroffen. Zunehmend rutschen aber auch Menschen aus der Mittelschicht in Armut.“ Diese Menschen hätten oft eine Arbeit, aber ihr Einkommen reiche nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Mit den Energiefonds mit einem Gesamtvolumen von fast 17 Millionen Euro leisten auch die vier großen Kirchen im Südwesten einen Beitrag, damit Haushalte mit niedrigem oder mittlerem Einkommen Energiebeihilfen erhalten. Die Mittel des Fonds speisen sich aus den Kirchensteuern, die durch die Auszahlung der Energiepreispauschale im September 2022 an die Bevölkerung angefallen ist. Inzwischen können die Gelder über die Beratungsstellen von Diakonie und Caritas beantragt werden, führte Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende der Diakonie Württemberg, aus. Die Überbrückungshilfen betragen in der Regel zwischen 500 und bis zu 1.500 Euro, in wenigen Einzelfällen auch darüber. Mit einem Anstieg der Anträge auf Unterstützung sei im vierten Quartal dieses Jahres nach den Jahresabrechnungen und der Neuberechnung der

Abschlagszahlungen zu rechnen und – je nach Entwicklung der politischen und ökonomischen Lage – auch im Jahr 2024.

Menschen, die bereits in der Armutsspirale sind oder hineinzugeraten drohen, wirksam Hilfe und Unterstützung zu leisten, sei besonders wichtig, sagte Caritasdirektorin Birgit Schaer, Vorständin des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg. „Neben finanzieller Entlastung brauchen diese Menschen niederschwellige Anlauf- und Beratungsstellen, die möglichst schnelle und unbürokratische Soforthilfe bieten können.“ Angebote wie die Schuldnerberatung oder die Allgemeine Sozialberatung seien hier wichtige Anlaufstellen. Diese notwendige Unterstützungsstruktur gelte es von der Politik aufmerksam im Blick zu behalten und stärken. Besonders wichtig sei ein gemeinsam aufgesetztes Sozialmonitoring von Wohlfahrt und Kommunen, damit man Bedarfe erkenne und Leistungen zeitnah und unbürokratisch daran angepasst werden können. Mit ihrer Allgemeinen Sozialberatung leisteten die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände einen eigenen wichtigen Beitrag, so Schaer. Dieses kostenfrei zugängliche Angebot ist fast ausschließlich aus Mitteln der Kirchensteuer finanziert. Auch in die von den Wohlfahrtsverbänden kostenlos angebotene Schuldnerberatung fließt ein erheblicher Anteil an Eigenmitteln, da sie nicht auskömmlich finanziert ist.

Oberkirchenrat Urs Keller, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Baden, forderte eine Umverteilungsdebatte. „Denn die Nachfrage nach Hilfen steigt massiv. Immer mehr Menschen kommen, immer neue Bedarfsgruppen klopfen an. Gleichzeitig stagniert die finanzielle Förderung der Hilfsangebote durch Bundes- und Landesregierung.“ Auch die Kassen der Kommunen seien klamm und im schlimmsten Fall werde sogar darüber nachgedacht, die Mittel zu kürzen oder gar ganz zu streichen. Daraus leitete Keller die Frage ab, wie wir „die soziale Daseinsfürsorge in diesem Land überhaupt noch sicherstellen“ können. „Allein auch schon wegen des demografischen Faktors wird der Bedarf an Hilfeangeboten immer weiter steigen.“ Der gesellschaftliche Zusammenhalt müsse uns eine Umverteilungsdebatte wert sein, so Keller.

Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg engagieren sich Spitzenverbandlich für die Interessen von armen, benachteiligten und hilfebedürftigen Menschen. Als Dachverbände vertreten sie im Südwesten 8.000 evangelische und katholische Einrichtungen und Dienste mit rund 365.000 Plätzen. In den Verbänden arbeiten über 170.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Angebote von Diakonie und Caritas richten sich an alte und pflegebedürftige Menschen, Kinder, Jugendliche und Familien, Arbeitslose, Wohnungslose, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Fluchterfahrung oder mit einer Suchterkrankung, überschuldete und andere arme Menschen.

„Neue Armut“ verhindern!

Statement von Diözesan-Caritasdirektorin Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock
Vorständin des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Wir als Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg treten für benachteiligte und hilfebedürftige Menschen ein. Wenn diese Menschen Schulden oder sonstige Probleme haben, wenn sie von Armut betroffen oder bedroht sind, stehen wir mit Beratungsangeboten bereit. Und zwar in Form einer Allgemeinen Sozialberatung oder Schuldnerberatung. Diese Beratungsstellen bieten eine „Akutversorgung“. Beratung wirkt aber auch immer präventiv. Sie stützt und stärkt die Menschen, damit sich deren Lebenssituation nicht noch mehr verschlechtert.

Uns als die vier kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg stellte sich mit der zunehmenden Inflation die Frage, inwieweit sich die steigenden Kosten für Energie und Lebensmittel auch in unseren Beratungsstellen bemerkbar machen. Mit einer stichprobenartigen Umfrage wollten wir herausfinden, ob vermehrt auch Menschen, die bisher noch ohne staatliche Hilfen zurechtkamen, unsere Beratungsstellen aufsuchen. Hierfür haben wir im Januar dieses Jahres unsere Beratungsstellen für Menschen in Überschuldung und in der Allgemeinen Sozialberatung angeschrieben. Diese Abfrage stellt keine repräsentative Studie dar. Für uns Wohlfahrtsverbände ging es darum, eine Orientierung zu bekommen, wie sich die konkreten Beratungserfahrungen mit den Menschen in sozialen Schwierigkeiten darstellen. Die Auswertung über die vier Verbände hinweg zeigt eindeutige Ergebnisse, und zwar lassen sich folgende Tendenzen erkennen.

- Die Thematik „steigende Lebenshaltungskosten“ und „Energiekosten“ sind fast zu 100% in den Beratungsstellen angekommen (96% ja / 4% nein)
- Diese Kosten zeigen sich bei den Ratsuchenden vor allem als Liquiditätsprobleme (85%), die zugleich starke Zukunftsängste (80%) auslösen. 36% gaben an, dass sich die Kosten in Stromsperrungen bemerkbar machen (Mehrfachnennungen waren möglich).
- 67% geben an, dass die Zahl der Ratsuchenden in den letzten Monaten gestiegen ist, 33% beantworteten diese Frage mit Nein.
- Die steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten betreffen nicht mehr nur einkommensschwache Haushalte, sondern inzwischen sind auch Ratsuchende mit mittleren Einkommen als neue Zielgruppe in der Beratung angekommen, sagen 44% der Befragten. Alleinerziehende und Rentner*innen gehören schon immer zur Zielgruppe, neu daran ist, dass die Anzahl der Ratsuchenden aus diesen Personengruppen auffallend angestiegen ist. Fazit: Es kommen nicht nur mehr Ratsuchende als zuvor, sondern auch Menschen aus der unteren Mittelschicht, die bisher so über die Runden kamen, aber jetzt keinerlei Ersparnisse haben und die Preissteigerungen nicht auffangen können.
- Konkret benötigen die Ratsuchenden derzeit meist kurzfristige, finanzielle Unterstützung. Ein sehr hoher Anteil benötigt Unterstützung im Behördenschlingel, etwa Informationen zu staatlichen Unterstützungsangeboten (Kinderzuschlag, Wohngeld-Plus). Nicht zu

vernachlässigen sind die psychosozialen Beratungen bei Zukunftsängsten, Perspektivlosigkeit oder Überforderungssituationen. Dies nimmt einen wichtigen und notwendigen Teil in den Beratungsgesprächen ein.

Diese Ergebnisse wirken sich auch erheblich auf die tägliche Arbeit in den Beratungsstellen aus. Die Kolleginnen und Kollegen müssen bei gleichbleibenden personellen Ressourcen deutlich mehr Beratungsgespräche führen.

- Die Wartezeiten auf einen Beratungstermin liegen in der Allgemeinen Sozialberatung bei 1-2 Wochen, Tendenz steigend, vereinzelt auch bei 3-5 Wochen. In der Schuldnerberatung liegen die Wartezeiten bei ca. 2-6 Monaten. Akute Not- und Krisenfälle wie z.B. drohender Wohnungsverlust, Stromsperre, Kontosperre werden allerdings vorgezogen.
- Um die Wartezeit zu reduzieren, aber auch um der Flut an Anfragen gerecht zu werden und um Fahrtkosten besonders im ländlichen Raum zu vermeiden, werden vermehrt Telefonberatungen angeboten.

Gerne will ich dieses Bild durch konkrete Stimmen der Caritas-Beratungsstellen veranschaulichen. Eine Beraterin aus der Caritas-Region Ulm-Alb-Donau meldet beispielsweise zurück:

Im Verlauf der Jahre 2021 und 2022 fällt eine deutliche Zunahme an Klienten- und Beratungsanfragen auf. Die Problemlagen der Ratsuchenden sind vielschichtiger geworden und die Fülle an Themen muss oft in mehreren Terminen bearbeitet werden. Erschwerend kommt die verlängerte Bearbeitungs- und Rückmeldezeit der Behörden wie Jobcenter, Wohngeldstelle, Familienkasse hinzu, sowie die mangelnde Erreichbarkeit der Ämter.

Mehrere Beratungsstellen berichten auch von Fällen, bei denen sich Mütter quasi das Essen vom Mund absparen, selbst Abstriche machen, damit sie ihren Kindern ausreichend Nahrung bieten können. Oft reicht schon Mitte des Monats das Geld nicht mehr für Obst oder Gemüse aus.

Wir können festhalten:

- Die Umfrage-Ergebnisse sind beispielhaft für eine generelle Entwicklung. Nämlich: Die wirtschaftliche Not vieler Menschen und damit der Bedarf nach Unterstützung und Beratung wachsen kontinuierlich. Wer bisher bereits arm war, ist von der aktuellen Krise am stärksten betroffen. Zunehmend rutschen auch Menschen aus der Mittelschicht in Armut. Die steigenden Kosten für Energie und den täglichen Bedarf bringen diese Haushalte jetzt in finanzielle Nöte. Diese Menschen haben oft eine Arbeit, aber ihr Einkommen reicht nicht mehr aus, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie fallen durch die Raster des traditionellen Armutsbegriffs und werden oft als „working poor“ bezeichnet.
- Diakonie und Caritas sehen eine „neue Armut“. Diese wird sich noch verstärken, denn die Nebenkostenabrechnungen mit den Aufforderungen zur Nachzahlung stehen noch aus und die Inflation lässt die allgemeinen Kosten weiter steigen.

Krisen mit Langzeitwirkung

Statement von Oberkirchenrat Urs Keller
Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Baden

Es gilt das gesprochene Wort.

Schuldnerberatung, Suchthilfe, Bahnhofsmissionen, Jugendhilfe, sozialpsychiatrische Dienste, Wohnungslosenhilfe ... die Liste lässt sich fast beliebig fortsetzen. Sie alle stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Einhellig müssen wir feststellen, dass die geopolitischen Krisen und deren Folgen für immer mehr Menschen in unserer an sich reichen Gesellschaft massiv spürbar sind, auch und gerade für Menschen, die bislang über die Runden kamen. Sie werden damit auch zu einer Herausforderung für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Auswirkungen, wenn wir etwa an die Inflation denken, an die Energiepreise und vor allem auch an die Lebensmittelpreise, von den ohnehin sehr hohen Mieten ganz zu schweigen, müssen von zwei Perspektiven aus betrachtet werden. Zum einen und zuerst aus der Sicht der Betroffenen und dann aber auch aus der Sicht der sozialen Arbeit, der Hilfs- und Unterstützungsangebote, unserer Beratungsstellen und Hilfsangebote.

Zu den Betroffenen gehören auf der einen Seite die Menschen, die schon vor Corona und auch vor der Energiekrise auf staatliche Hilfe und Unterstützung angewiesen waren. Ihnen sicherten Sozialleistungen dem Grunde nach die Existenz. Neben den staatlichen Leistungen mit ihrer bekannten Unübersichtlichkeit gibt es auch andere Hilfsangebote wie Sozialkaufhäuser oder die Tafeln. Deren Aufgabe ist es allerdings gerade nicht die staatlichen Hilfen zu ersetzen. Diese Menschen stehen nun vor dem Problem, dass die Dinge, die sie zum Überleben brauchen und vielleicht auch ein wenig Teilhabe versprechen, wegen gestiegener Kosten in noch weitere Ferne gerückt sind. Denn die staatlichen Unterstützungsleistungen sind nicht in dem Maße gestiegen, wie bspw. die Inflation oder die Lebensmittelpreise.

Jetzt aber, und das ist dramatisch, kommen Menschen dazu, die sich und ihre Familien vorher noch einigermaßen über Wasser halten konnten. Durch den Anstieg der Energiekosten und der Lebenshaltungskosten insgesamt, sind aber auch sie in die Bedürftigkeit gerutscht. Durch noch so große Sparmaßnahmen und Einschränkungen lassen sich die exorbitant gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht mehr kompensieren. Wer vorher Miete, Auto, Heizung, Telefon und Lebensmittel noch bezahlen konnte, steht heute bei der Tafel an.

Hinzu kommen die Menschen, die aus ihrer Heimat wegen Hunger, Krieg oder Verfolgung geflohen sind. Sie alle brauchen Hilfe und Zuwendung.

Die zweite Perspektive ist deshalb die unserer sozialen Einrichtungen und Hilfsangebote. Wie eben geschildert steigt die Nachfrage nach ihren Hilfen massiv. Immer mehr Menschen kommen, immer neue Bedarfsgruppen klopfen an. Gleichzeitig stagniert die finanzielle Förderung der Hilfsangebote durch Bundes- und Landesregierung. Auch die Kassen der Kommunen sind klamm.

Im schlimmsten Fall wird sogar darüber nachgedacht, die Mittel zu kürzen oder gar ganz zu streichen.

Die Frage, die sich daraus ableitet, ist folgende: Wie können wir die soziale Daseinsfürsorge in diesem Land sicherstellen? Wo soll das notwendige zusätzliche Geld herkommen, das wir im nächsten Jahrzehnt absehbar benötigen werden, wenn Wirtschaftswachstumseffekte geringer werden. Die Stabilisierung und die Weiterentwicklung unserer sozialen Sicherungssysteme beruhten bislang auf einem stetigen wirtschaftlichen Wachstum und auf genügend Menschen, die im Sozialsektor arbeiten. Der demographische Wandel schlägt aber auch hier mit zunehmender Wucht durch und stellt uns alle vor neue Herausforderungen.

Wir brauchen deshalb dringend eine öffentliche Debatte über die Finanzierung sozialer Sicherung. Geld kann nur von dort kommen, wo es vorhanden ist. Soziale Berufe müssen attraktiv sein. Der gesellschaftliche Zusammenhalt muss uns das wert sein.

Die Energienothilfe-Fonds der evangelischen und katholischen Kirchen in Baden-Württemberg

Statement von Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller
Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg

Es gilt das gesprochene Wort.

Auch in Baden-Württemberg haben wir einen Energienothilfe-Fonds der Kirchen, der sich aus der Summe der Kirchensteuer speist, die sich aus dem Energiebonus im September 2022 ergeben hat. Die evangelischen und katholischen Kirchen in Baden-Württemberg unterstützen mit insgesamt 16,9 Millionen Euro Menschen, die aufgrund der stark gestiegenen und steigenden Energiepreise und der allgemeinen Teuerungen in finanzielle Not geraten sind. Menschen, die bisher in der Regel gut über die Runden kamen, sollen Unterstützung in akuter finanzieller Be- und Überlastung bekommen. Die Prüfung und Auszahlung erfolgen über die Beratungsstellen von Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg. Das hat auch den Vorteil, dass bei weiteren Problematiken – etwa einer Überschuldung – in spezialisierte Beratungen weitervermittelt werden kann.

Einen Antrag auf Energiebeihilfe können Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen stellen, die durch die steigenden Energiepreise nicht mehr ausreichend für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Die Antragstellung ist unkompliziert und erfolgt in Verbindung mit Nachweisen beispielsweise einer Nachzahlung und der Einkommen des Haushalts. Betroffene Haushalte können für die Jahre 2022 bis 2024 einen Antrag stellen. Die Überbrückungshilfen betragen in der Regel zwischen 500 und bis zu 1.500 Euro, in wenigen Einzelfällen auch darüber.

Wir begrüßen diese Aktivität unserer Kirchen auch deshalb, weil wir darin eine gute Möglichkeit zur Armutsprävention sehen. Wir müssen verhindern, dass Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen in eine Armutsspirale geraten, an deren Ende eine Überschuldung droht. Es darf keine „neue Armut“ geben.

Ein paar Hinweise zu unseren vier Fonds: In der Evangelischen Landeskirche in Württemberg hat dieser Fonds den Namen #miteinander. Er hat ein Volumen von 5,2 Millionen Euro. Bis Ende März war rund eine Million Euro ausgeschüttet: 765.000 Euro gingen an diakonische Beratungsstellen und 140.000 Euro an Träger der Arbeitslosenhilfen und Wohnungsnotfallhilfen. Eine Besonderheit dieses Fonds ist, dass auch Konzepte zur Bekämpfung von Armut finanziell unterstützt werden können. Fast 70.000 Euro wurden dafür bisher bewilligt. Gefördert werden beispielsweise Konzepte in Kooperationen mit anderen Trägern und Kirchengemeinden zur Unterstützung bei der energiesparenden Haushaltsführung oder eigens eingerichtete Energiesparsprechstunden.

Die Evangelische Landeskirche in Baden gibt rund zwei Millionen Euro an ihre diakonischen Beratungsstellen zur Einzelfallhilfe weiter. Bis 21. April waren 950.000 Euro für die rasche Unterstützung an Klientinnen und Klienten bereitgestellt.

Die katholische Kirche in Baden-Württemberg stellt insgesamt 9,6 Millionen Euro zur Verfügung: davon trägt die Diözese Rottenburg Stuttgart 5,3 Millionen Euro, die Erzdiözese Freiburg 4,3 Millionen Euro bei. In der Diözese Rottenburg-Stuttgart gehen mehr als 4,9 Millionen Euro als Direkthilfe an Menschen in Energienotlagen. 300.000 Euro an Tafelläden und 90.000 Euro an den Stromsparcheck der Caritas.

Wir stellen fest, dass vermehrt Rentnerinnen und Rentner und auch Erwerbstätige nach finanzieller Unterstützung fragen. Diese Zielgruppen gehörten bisher nicht so stark zur Klientel unserer Beratungsstellen. Deshalb sprechen wir hier von der „neuen Armut“.

Anhand der Erhebung in der Diözese Rottenburg-Stuttgart können wir beispielhaft etwas zu den Antragstellenden sagen: Es finden sich 47 Prozent Erwerbstätige und 27 Prozent Rentnerinnen und Rentner, 47 Prozent kamen als Erstkontakt zur Caritas. 35 Prozent von ihnen leben allein, 34 Prozent mit Partnerin bzw. Partner und Kind(ern), 20 Prozent sind alleinerziehend. Die Mittel wurden jeweils zu 41 Prozent für Nachforderungen und Abschlagszahlungen für Strom ausgegeben.

Mit einem Anstieg der Anträge auf Unterstützung rechnen wir im vierten Quartal dieses Jahres. Die Welle der Jahresabrechnungen und der Neuberechnung der Abschlagszahlungen für Mietwohnungen wird ja erst noch kommen. Je nach Entwicklung der politischen und ökonomischen Lage erwarten wir einen erhöhten Bedarf auch im Jahr 2024.

Menschen in existenzieller Not zu helfen, ist ureigene Aufgabe von Kirche. Deshalb fanden wir es konsequent und begrüßen es sehr, dass die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz den Landeskirchen und (Erz-)Diözesen empfohlen haben, auf die sich aus der Energiepreispauschale ergebende Kirchensteuer zu verzichten und sie in Energienothilfefonds einzubringen. Es soll konkrete Unterstützung sein, aber auch ein Zeichen dafür, dass die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände Menschen in Notlagen nicht alleine lassen.

Den Menschen „abholen“, wo er steht

Statement von Diözesan-Caritasdirektorin Birgit Schaer
Vorständin des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Den täglichen Lebensunterhalt zu sichern, das steht bei fast jedem 4. Beratungstermin in unseren Beratungsdiensten im Vordergrund. Menschen können die Kosten für Strom, Gas und Öl nicht mehr tragen. Die Verteuerung von Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern verstärkt die angespannte finanzielle Situation in den Haushalten zusätzlich. Die Preise für Lebensmittel sind im Vergleich zum Vorjahr teilweise mehr als 20 Prozent gestiegen. Diese Rückmeldung erhalten wir aus der täglichen Beratungspraxis. Es konzentriert sich alles darauf, den Lebensunterhalt einigermaßen zu sichern. Verteuern sich Nahrungsmittel und Energie, sind Menschen mit kleineren Einkommen besonders benachteiligt, da sie in der Regel einen größeren Teil dieses Einkommens für diese Produkte ausgeben müssen. Dabei handelt es sich nicht mehr nur um Menschen, die bislang schon armutsgefährdet waren, sondern es betrifft auch neue Gruppen.

Die sehr hohen Energiekosten sind derzeit einer der bedeutendsten Faktoren der inflationären Preisspirale – Gelder, die von vielen Haushalten aufgebracht werden müssen, um Strom- und Heizkostenrechnungen zu begleichen, reichen dann einfach nicht mehr für andere Bedarfe des täglichen Lebens aus. Die Frage Essen oder Heizen war auch eine Fragestellung, die in Baden-Württemberg in vielen Haushalten gestellt werden musste. Viele können die steigenden Preise aus eigener Kraft kaum noch kompensieren.

Diesen Menschen, die bereits in der Armutsspirale sind oder hineinzugeraten drohen, wirksam Hilfe und Unterstützung zu leisten, ist besonders wichtig. Neben finanzieller Entlastung brauchen sie niederschwellige Anlauf- und Beratungsstellen, die möglichst auch schnelle und unbürokratische Soforthilfe bieten können. Angebote wie die Allgemeine Sozialberatung und Schuldnerberatung sind hier wichtige Anlaufstellen. Das zeigt zum Beispiel die steigende Nachfrage, die nur durch Wartelisten bewältigt werden kann. Diese notwendige Unterstützungsstruktur gilt es von der Politik aufmerksam im Blick zu behalten und zu stärken.

Mit ihrer Allgemeinen Sozialberatung leisten die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände hierzu einen eigenen wichtigen Beitrag. Die Allgemeine Sozialberatung, die fast ausschließlich aus Mitteln der Kirchensteuer finanziert wird, ist für alle Menschen kostenfrei zugänglich und vermittelt hilfesusuchenden Menschen gezielt weitere Unterstützungsmöglichkeiten

Aus diesem Befund ergeben sich aus unserer Sicht Erfordernisse an das Handeln von Staat und Politik.

Sozialmonitoring

Staatliche Unterstützungsleistungen können nie auf jeden Einzelnen und dessen individuelle Situation zugeschnitten sein. Deshalb ist ein gemeinsam aufgesetztes Sozialmonitoring von Wohlfahrt und Kommunen besonders wichtig, damit man Bedarfe erkennt und Leistungen zeitnah und unbürokratisch daran angepasst werden können. Ein Sozialmonitoring kann frühzeitig auf Bedarfe, aber auch auf Fehlentwicklungen hinweisen und auch die Wirkung der Leistungen auf die einzelnen Personengruppen aufzeigen. Es sollte auch in Zukunft als gemeinsames entwickeltes und etabliertes Korrektiv der sozialpolitischen Praxis dienen und politische Entscheidungsträger auf Entwicklungen und Reformbedarfe hinweisen. Das ist im besten Sinne nachhaltig und fördert die gemeinsame Verantwortung von Kirche, Wohlfahrtspflege und Kommunen

Unbürokratische Hilfe

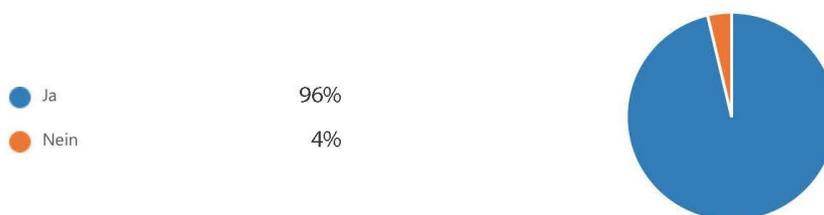
Bürokratie überfordert uns alle – niedrighschwellige und unbürokratische Hilfe, die sofort – von einem Tag auf den anderen – geleistet werden kann, entfacht eine besondere Wirkung nicht nur für diejenigen, die sie beanspruchen, sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstellen. Schnell und einfach helfen zu können, wenn jemand kein Geld mehr hat oder auch eine (Strom-) Rechnung nicht bezahlen kann, ist für alle wichtig.

Zielgruppenspezifische Angebote

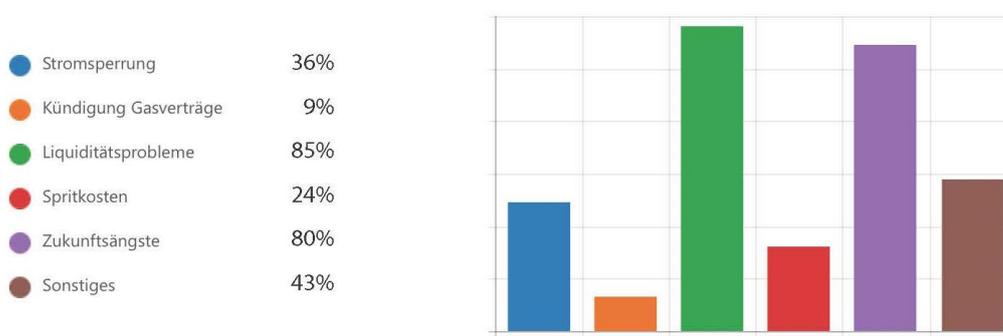
Von neuer Armut sind unterschiedliche Personengruppen betroffen, die durch differenzierte Unterstützungs- und Angebotsstrukturen in ihrer jeweiligen Lebensphase und Lebenslage „abgeholt“ werden sollten. So gibt es schon spezifische Angebote für Frauen mit Kindern (Beispiel „Bischofsfonds“) oder auch Angebote wie der Stromsparmcheck. Diese zielgruppenspezifischen Angebote sind besonders wichtig und sollten „Schule“ machen.

Abfrage Sozialberatung / Schuldnerberatung von Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg

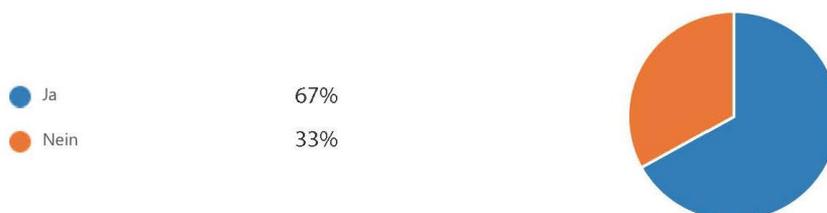
1. Sind die steigenden Lebenshaltungskosten in der Beratung angekommen?



2. Falls ja: in welcher Form machen sich die Kosten bemerkbar? Mehrfachauswahl möglich.

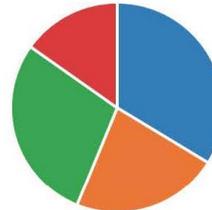


3. Ist die Zahl der Ratsuchenden in den letzten Monaten gestiegen?



4. Falls ja: Welche Personengruppen nutzen "neu" das Beratungsangebot? Mehrfachauswahl möglich.

	Klient*innen mit mittleren Eink...	44%
	Alleinerziehende	29%
	Rentner*innen	38%
	Sonstiges	20%



5. Wie lange warten Ratsuchende derzeit auf einen Termin in der Beratungsstelle?

14 Befragten (10%) antworteten **1 Woche** für diese Frage.



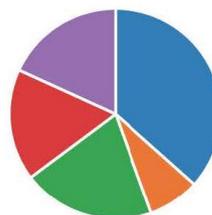
6. Wie schätzen Sie die Perspektive für Ihre Beratungsstelle in den nächsten Monaten ein? Was erwarten Sie? Mehrfachauswahl möglich.

	mehr Arbeit	76%
	steigende Nachfragen	86%
	komplexere Problemlagen	80%
	Sonstiges	26%



7. Auf welche finanziellen Möglichkeiten können Sie vor Ort bei akuten Notlagen zurückgreifen? Mehrfachauswahl möglich.

	Regionale Töpfe	79%
	Franziskusfonds	17%
	Mittel aus Kirchensteuereinna...	43%
	Energiepauschale	37%
	Sonstiges	39%



8. Was konkret brauchen die Ratsuchenden derzeit?



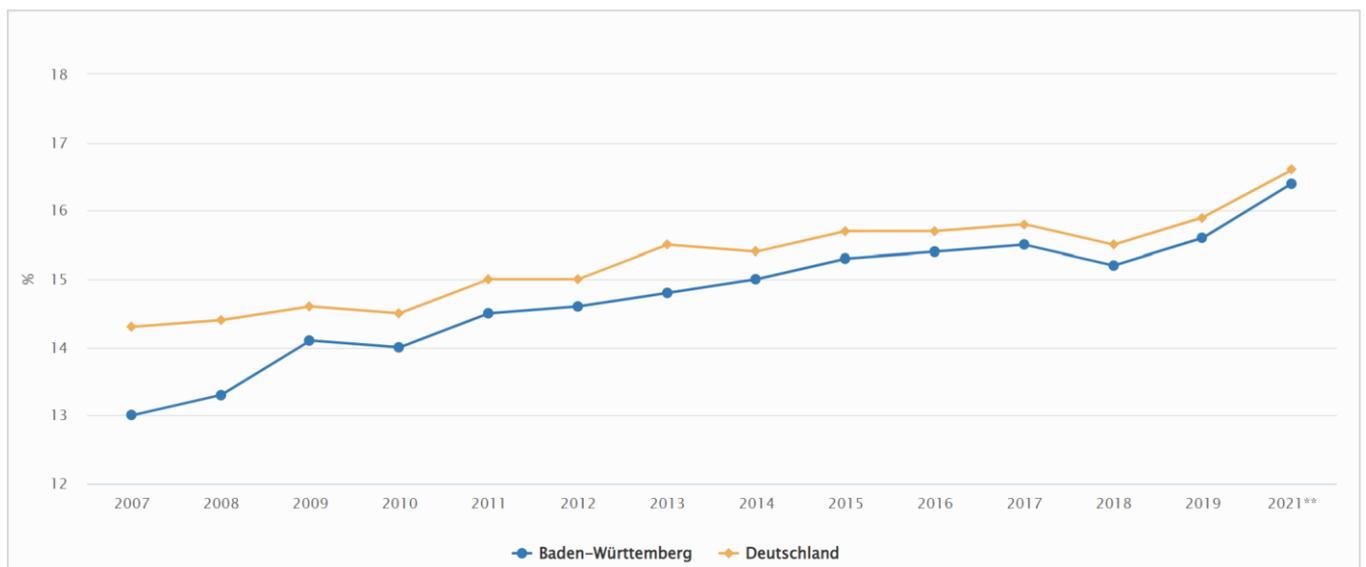
9. Weitere Anmerkungen zur aktuellen Situation:

- **Klient*innen** sind oft sehr verzweifelt, wissen nicht, wie sie **finanziell** über die Runden kommen sollen.
- Zunehmend sind auch die **Mittelschicht** und **Familien** betroffen.
- **So schlimm wie jetzt** war es noch nie in meinen 35 Berufsjahren.
- **Personeller Ausbau** der **Sozialberatung** dringend angezeigt.
- **Anstieg der Lebensmittelkosten** wirkt sich momentan am meisten aus.

Armutslagen und neue Armut

1. Armutsentwicklung

Abbildung 1: Armutsgefährdungsquoten im Zeitverlauf

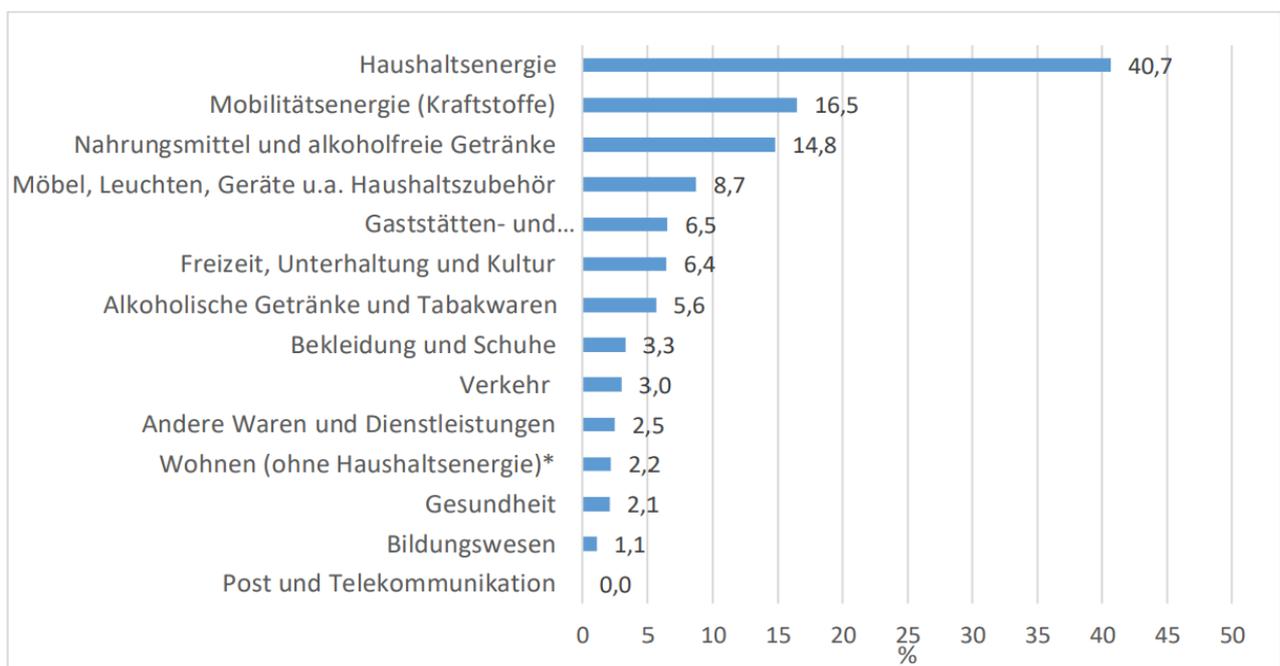


Quelle: StaLa BW: Armut – Armutsgefährdung – Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg (gesellschaftsmoitoring-bw.de)

Armutslagen und neue Armut

2. Kostensteigerung

Abbildung 2: Teuerungsrate im August 2022 im Vergleich zu August 2021 in Baden-Württemberg



Quelle: StaLa BW: Armut – Armutsgefährdung – Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg (gesellschaftsmonitoring-bw.de)

Armutslagen und neue Armut

3. Auswirkungen der neuen Armut

- **Auswirkungen auf die Betroffenen:**

soziale Isolation, mangelnde Teilhabe und Benachteiligung, Gefühl vergessen oder abgehängt zu sein, Angst vor dem sozialen Abstieg

- **Auswirkungen auf die Gesellschaft:**

Zunahme der politischen Polarisierung, soziale Unruhen, Schwächung des sozialen Zusammenhalts, Zunahme von Populismus und Extremismus, Kriminalität und Gewalt

Anzahl der Beratungsstellen von Diakonie und Caritas

Der Diözesan-Caritasverband Freiburg hat

- an 20 Orten Schuldnerberatungsstellen mit 20,7 Fachkraftstellen und 41 Mitarbeitenden,
- an 26 Orten Allgemeine Sozialberatungsstellen mit 43,25 Fachkraftstellen und 126 Mitarbeitenden.

Der Diözesan-Caritasverband Rottenburg-Stuttgart hat

- an 57 Standorten und Außenstellen Allgemeine Sozialberatungsstellen mit 16,1 Fachkraftstellen und 41 Mitarbeitenden.

Die Diakonie Baden hat an

- an 11 Orten Schuldnerberatungsstellen mit 23 Beschäftigten und
- an 38 Orten Allgemeine Sozialberatungsstellen mit 15 Beschäftigten.

Die Diakonie Württemberg hat

- an 29 Orten Schuldnerberatungsstellen mit 30 Vollzeitstellen,
- an 61 Orten Beratungsstellen mit Allgemeiner Sozialberatung mit 70 Vollzeitstellen.

Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg

Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg engagieren sich spitzenverbandlich für die Interessen von armen, benachteiligten und hilfebedürftigen Menschen.

Als Dachverbände vertreten sie 8.000 evangelische und katholische Einrichtungen und Dienste mit rund 365.000 Plätzen. In den Verbänden arbeiten über 170.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Angebote von Diakonie und Caritas richten sich an alte und pflegebedürftige Menschen, Kinder, Jugendliche und Familien, Arbeitslose, Wohnungslose, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Fluchterfahrung oder mit einer Suchterkrankung, überschuldete und andere arme Menschen.

Pressekontakte:

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Württemberg e.V.

Claudia Mann

Tel.: 0711 1656-344

E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Diakonisches Werk der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V.

Christian Könemann

Tel.: 0721 9349-248

E-Mail: ckoenemann@diakonie-baden.de

Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V.

Eva-Maria Bolay

Tel.: 0711 2633-1288

E-Mail: bolay@caritas-dicvrs.de

Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.

Thomas Maier

Tel.: 0761 8974-108

E-Mail: maier.t@caritas-dicv-fr.de